

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in den Gemeinden des Rhein-Kreis Neuss am 14. September 2025

Der ERNÄHRUNGSRAT IM RHEIN-KREIS NEUSS bittet um Stellungnahme zu Handlungsfeldern rund um ein zukunftsfähiges Ernährungssystem.

Die Antworten werden auf der Homepage des ERNÄHRUNGSRATES IM RHEIN-KREIS NEUSS veröffentlicht.

Trinkwasser

Die Verfügbarkeit von hochwertigem Trinkwasser ist ein Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Aufgrund des Klimawandels kann es u. a. zu Wassermangel kommen, der sich auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen auswirkt.

1. Gibt es Pläne, mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen oder Wasserspender im Stadtgebiet zu installieren, um in Hitzeperioden einen Beitrag zum Schutz der Gesundheit zu leisten?

Antwort CDU:

Öffentliche Trinkwasserbrunnen müssen aus Gründen der Hygiene durchgängig laufen. Daher kommen auf jeden Liter, der getrunken wird, je Aufstellort und Bedarf ca. einhundert Liter, die ungenutzt in die Kanalisation gehen. Diese Verschwendung von Wasser und die einhergehenden hohen Kosten sprechen gegen öffentliche Trinkwasserbrunnen. Stattdessen unterstützen wir die „Refill-Kampagne“ mit bereits ca. 30 Standorten im Kreisgebiet, an der der Öffentlichkeit kostenlos Trinkwasser zur Verfügung gestellt und das Auffüllen mitgebrachter Wasserflaschen ermöglicht wird.

Den Gesundheitsschutz insbesondere vulnerabler Gruppen in Hitzeperioden nehmen wir sehr ernst und haben die Aufstellung von Hitzeaktionsplänen (inkl. Stadtklimaanalysen, Notfallplänen etc.) unterstützt.

2. Wie soll in Zukunft die Versorgung mit Trinkwasser in der Kommune gesichert werden?

Antwort CDU:

Die Wasserversorger im Kreisgebiet liefern hochwertiges Trinkwasser. Dies wird mit moderner Technik in Brunnen und in der Analytik sichergestellt. Sofern ein Brunnen durch den Eintrag von Schadstoffen bedroht ist, werden Gegenmaßnahmen eingeleitet; ein Beispiel ist die erfolgreiche Kooperation von Kreiswerken und Landwirten, im deren

Rahmen durch Beratung und Einsatz neuer Methoden wie Zwischenfruchtanbau und angepasste Düngung die Auswaschung von Nitrat reduziert wird.

Der Klimawandel mit einhergehenden längeren Trockenphasen kann zur Herausforderung werden. Nach aktuellen Prognosen liegt der Rhein-Kreis Neuss jedoch in einer klimatisch günstigen Lage; die Grundwasserspeicher sind nach den Dürresommern der letzten Jahre immer wieder aufgefüllt worden. Die Versorgung mit hochwertigem Trinkwasser ist daher auch in der absehbaren Zukunft gesichert.

Herausforderungen und Veränderungen, die sich aus dem Auslaufen des Braunkohletagebaus für die Trinkwasserversorgung ergeben, werden derzeit intensiv zwischen RWE und den Kreiswerken besprochen.

Essbare Stadt

Zu einer lebenswerten und widerstandsfähigen Stadt gehören grüne, artenreiche Flächen, auf denen Obst und Gemüse wachsen, Insekten und andere Kleintiere Nahrung finden und die als kühlende Elemente das Stadtklima verbessern. Auf öffentlichen Brach- oder Grünflächen, auf Gemeinschaftsflächen in Wohngebieten, auf den Geländen von Firmen, Schulen und Organisationen können Gartenzonen entstehen, die mit Kräutern, Gemüse- und Obstarten bepflanzt werden und für die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

1. Welche der folgenden Maßnahmen würden Sie aktiv durch entsprechende Beschlüsse unterstützen?

Maßnahme 1: Mindestens 50% der Neupflanzungen auf öffentlichen Flächen erfolgen mit essbaren und/oder insektenfreundlichen Pflanzen.

Maßnahme 2: Wünschenswert wäre, in jedem Stadtteil mindestens ein „Urban-GardeningProjekt“ (Gemeinschaftsgärten) einzurichten, in dem vielfältige Obst- und Gemüsearten zum Verzehr für alle angebaut werden.

Maßnahme 3: Die Stadt unterstützt tatkräftig die Pflege der Gemeinschaftsbeete (in Schulen und im öffentlichen Raum durch z. B. sogenannte AGH (Arbeitsgelegenheit)-ler (Langzeitarbeitslose, die auch auf längere Sicht keine Aussicht auf Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, mithilfe von Asylbewerber und andere).

Antwort CDU:

Eine Stadt lebt vom Umland und das Umland von der Stadt; es ist eine Symbiose. Das Umland liefert die Nahrungsmittel; die Stadt liefert einen Mix an Dienstleistungen. Daher muss eine Stadt sich nicht selbst versorgen. Gleichwohl sollen Kinder lernen, wie Pflanzen, auch Nahrungspflanzen, wachsen und geerntet werden.

Maßnahme 1 unterstützen wir in Bezug auf insektenfreundliche Pflanzen. Essbare Pflanzen auf öffentlichen Flächen sehen wir kritisch, da diese oft zu früh oder gar nicht geerntet werden und dann wiederum viele unerwünschte Insekten anziehen, Beispiel Obst und Wespen.

Maßnahme 2 sehen wir kritisch, da UrbanGardening im Gegensatz zur klassischen Landwirtschaft Ressourcen-ineffizient ist. Privat gerne, aber keine öffentliche Förderung. Stattdessen unterstützen wir die Solidarische Landwirtschaft: in den Kommunen des Rhein-Kreis Neuss ist es stets ein kurzer Weg zu den umliegenden Höfen, die durch die SoLaWi ein auskömmliches Einkommen erhalten und die Teilnehmer mit der Landwirtschaft vertraut machen.

Maßnahme 3 sehen wir differenziert: Gemeinschaftsbeete in Schulen sollten und werden von den jeweiligen Schülern gepflegt. Gemeinschaftsbeete im öffentlichen Raum werden nicht aktiv von der Verwaltung angelegt oder gepflegt, aber wir unterstützen die Verpachtung geeigneter Flächen an Vereine wie beispielsweise in Meerbusch den Schul- und Lehrgarten Meerbusch e. V.

Fairer Handel

In zahlreichen Kommunen ist der Faire Handel ein Leitbild für persönliches und kommunales Handeln, das die Folgen der hiesigen Konsumentenscheidungen für das Leben der Menschen im Globalen Süden berücksichtigt. Fairer Handel und faire Beschaffung stehen für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Handeln auf lokaler Ebene.

1. Wie stehen Sie dazu, dass kommunale Verwaltungen den Fairen Handel fördern, indem sie sich verpflichten, fair gehandelte Lebensmittel/Produkte wo immer möglich, zu bevorzugen, z. B. zur persönlichen Versorgung und auch bei öffentlichen Veranstaltungen?
2. Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, den fairen Handel als Bildungsthema verstärkt in die kommunale Bildungslandschaft zu integrieren?

Antwort CDU:

Die CDU unterstützt die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Rhein-Kreis Neuss inklusive der strategischen Ziele „Verantwortungsvoller Konsum und gesundes Leben“ sowie „Globale Verantwortung und Eine Welt“. Das Ziel „Verantwortungsvoller Konsum“ beinhaltet die effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen und den Zugang zu regional und fair produzierten Lebensmitteln. Das Ziel „Globale Verantwortung“ beinhaltet die Förderung fairen Handels.

Seit 2010 ist der Rhein—Kreis Neuss Mitglied des internationalen Netzwerks der Fairtrade Towns und als Fairer Kreis zertifiziert. Die vielen Aktivitäten des Kreises in diesem Bereich finden Sie auf der Internetseite des RKN unter dem Stichwort „Fairtrade Kreis“ und auf der Internetseite „www.fair-im-rhein-kreis-neuss.de“

Zu Frage 1: wir wollen faire und regionale Lebensmittel – beides. Die Abwägung – mehr regional oder mehr fair - beim Einkauf überlassen wir den Verantwortlichen.

Zu Frage 2: in die Inhalte des Schulunterrichts kann und darf eine kommunale Verwaltung nicht eingreifen, kann aber die Inhalte an den Volkshochschulen über strategische Leitlinien beeinflussen. Hier unterstützen wir das Thema „fairer Handel“ und haben es z.T. schon vorgeschlagen. Über das konkrete Kursangebot entscheiden die Volkshochschulen jedoch letztlich selbst, auch in Abhängigkeit der Verfügbarkeit geeigneter Referenten.

Bio-Landwirtschaft

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz empfiehlt in seinem Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ von 2020 die Förderung des Ökolandbaus zielgerichtet weiterzuentwickeln. In der Bio-Strategie 2030 des BMEL werden wichtige positive Aspekte des Bio-Landbaus genannt: „Der ökologische Landbau schafft für uns alle Mehrwerte an vielen verschiedenen Stellen: vom Erhalt der Artenvielfalt über den Wasserschutz bis hin zu fruchtbaren Böden sowie der aktiven Kohlenstoffspeicherung.“ Für den Rhein-Kreis Neuss kann der Ernährungsrat aktuell lediglich vier landwirtschaftliche Betriebe ermitteln, die Öko-Landbau betreiben.

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Anteil an ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben in den Kommunen/dem Kreis zu erhöhen, um eine umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft zu fördern?

Antwort CDU:

Ökolandbau ist nicht per se besser als konventionelle Landwirtschaft. Besonders im Hinblick auf Ressourceneffizienz schneidet Ökolandbau schlecht ab, denn die Erträge pro Fläche sind geringer. Eine konventionelle Landwirtschaft, die nach neuesten Erkenntnissen handelt und so u.a. mit Zwischenfrüchten und bodenschonender Bodenbehandlung den Humusaufbau fördert, Erosion und Auswaschung hingegen minimiert, ist umwelt- und ressourcenschonend. Daher unterstützt die CDU gleichermaßen biologische und konventionelle Landwirtschaft. Ökologisch wirtschaftende Betriebe werden wir nicht per se bevorzugen, allerdings setzen wir auf Vertragsnaturschutz und die Honorierung von Umweltschutz.

Nachhaltigkeit und regionale Lebensmittelversorgung

Ein wichtiger Beitrag für mehr Klimaschutz ist die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln. Der Kauf dieser Lebensmittel gestaltet sich oftmals schwierig. Ein wichtiger Baustein zu einer nachhaltigen Versorgung ist der Aufbau

regionaler Versorgungsstrukturen. Schlüsselement hierfür sind lokale Verteilzentren für Lebensmittel, auch „Food Hubs“ genannt.

1. Würden Sie sich aktiv, z. B. mit politischen Beschlüssen in den Aufbau / Einrichtung eines Food Hubs einbringen?
2. Sehen Sie weitere Möglichkeiten, um die Vermarktung regionaler Lebensmittel von örtlichen Landwirten zu fördern, z. B. Auf-/Ausbau von Wochenmärkten, Abendmärkte mit Verkauf von regionalen Lebensmitteln und in der Gastronomie?
3. Unterstützen Sie die Entwicklung und Verabschiedung einer Ernährungsstrategie, z.B. im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie?

Antwort CDU:

Die Versorgung mit nachhaltigen und regionalen Lebensmitteln ist uns eine Herzensangelegenheit. Im Hinblick auf Produktion und Absatz ist die CDU grundsätzlich die Partei der sozialen Marktwirtschaft und setzt auf eigenverantwortliche Landwirte und den Lebensmittelhandel, um die Bevölkerung effizient zu versorgen. Regionale Vermarktungswege wie Hofläden oder Solidarische Landwirtschaft unterstützen wir.

Zu 1: Den Aufbau eines Food Hubs im Auftrag und in der Verantwortung der Verwaltung lehnen wir ab; den Aufbau durch ein marktwirtschaftliches StartUp unterstützen wir. Wir haben die Gründung des „Launchcenter Lebensmittel“ in Neuss initiiert und unterstützt; wir freuen uns, dass alle beteiligten Akteure aus Produktion, Handel und Wissenschaft dort an der Landwirtschaft der Zukunft arbeiten.

zu 2: Wir unterstützen Wochen- und Abendmärkte, ebenso die Internetseite „www.landservice-nrw.de“ mit Direktvermarktungsbetrieben aus dem RKN und die Auflage der Fahrradtour-Broschüre „Fair und regional durch den südlichen Rhein-Kreis Neuss“.

Zu 3: Die CDU unterstützt die Bildung in Bezug auf gesunde Ernährung, beginnend im Kindergartenalter. Ansonsten setzt die CDU auf mündige Bürger, die ihre Kaufentscheidung anhand guter, detaillierter Informationen auf den Verpackungen selbst treffen. Eine Ernährungsstrategie, die dies umsetzt, sehen wir auf Bundes- bzw. Landesebene.

Ernährungssicherheit

Der Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und Höfe, regionaler Kreisläufe und lokaler Produktion erhöhen die Krisenresilienz und tragen zur Kultur der Region und zur Ernährungssicherheit bei.

1. Wie verhindern Sie, dass zunehmend landwirtschaftliche Fläche zugunsten von Städtebau, Gewerbe- und Industriegebieten verloren geht?

2. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Ausbau landwirtschaftlicher Flächen zu unterstützen und den Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln zu erhöhen?

Antwort CDU:

Auf Bundesebene möchte die CDU die Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz aufnehmen, damit in der Gesetzgebung landwirtschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigt werden. Allerdings sehen wir den Zielkonflikt zwischen dem ständig wachsenden Wohnraumbedarf der Bevölkerung und dem wachsenden Bedarf an Gewerbeflächen einerseits und dem Erhalt von landwirtschaftlichen Flächen andererseits.

Zu 1: Vor dem Hintergrund des angesprochenen Zielkonfliktes wollen wir Flächen-effizienter bauen; wir folgen der Maxime „Innenraumverdichtung vor grüner Wiese“. Bei der Ansiedlung von Gewerbe achten wir auf hohe Wertschöpfung pro Fläche, so dass mit kleinen Flächen möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zu 2: der Ausbau landwirtschaftlicher Flächen im Rhein-Kreis Neuss ist herausfordernd; Potenziale bestehen nur im Rahmen des Braunkohleausstiegs und der Wiederherstellung landwirtschaftlich nutzbarer Böden; dies fördern und fordern wir. Wir sind gegen die Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen, sondern fördern den Schutz der Natur auf vielfältige andere Weise wie die Vernetzung von Biotopen, das Waldvermehrungsprogramm oder die Aktion „Klimabäume“.

Gemeinschaftsverpflegung in Kita und Schule

Der Bürgerrat “Ernährung im Wandel” empfiehlt die Bereitstellung eines kostenfreien und gesunden Mittagessens für alle Kita- und Schulkinder bundesweit nach den DGE-Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für Kitas bzw. Schulen¹ mit einem Mindestanteil von 30 % Bio-Lebensmitteln und einer schrittweisen Umsetzung unter finanzieller Beteiligung des Bundes. Dabei sollen, wenn möglich, regionale und saisonale Produkte bevorzugt werden. Kommunen sind Träger zahlreicher Kitas und Schulen. Als Sachaufwandsträger sind sie u. a. für die Errichtung und den Betrieb von Kita- und Schulküchen und allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten verantwortlich. Das Erstellen von Leistungsverzeichnissen und Ausschreibungen, die Verantwortlichkeit für Verträge oder die Instandhaltung und Reinigung von Ausstattung und Räumlichkeiten, gehört zu den Aufgaben der Einrichtungsträger. Sie können Einfluss nehmen auf die Qualität der Verpflegungsangebote hinsichtlich einer gesunden und nachhaltigen Ernährung.

1. Befürworten Sie die verbindliche Umsetzung von DGE- Qualitätsstandards bis 2030 als Mindeststandard in der Kita- und Schulverpflegung?

2. Würden Sie sich aktiv dafür einsetzen, den DGE-Qualitätsstandard als Basisqualität für die Verpflegungsangebote in Ausschreibungen und Ratsbeschlüssen festzuschreiben?

3. Welche Möglichkeiten können Sie sich vorstellen, ein beitragsfreies Schul- und Kitaessen in entsprechender Qualität für alle Kinder umzusetzen?

Antwort CDU:

Lebensmittel aus dem Ökolandbau sind nicht per se gesünder als Produkte der konventionellen Landwirtschaft. Daher sehen wir keine Grundlage für die Vorgabe einer Mindestquote. Der Anteil von Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Kantinen sollte vielmehr dem Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe in der Region entsprechen, denn wir bevorzugen die Versorgung mit regionalen Produkten.

Zu 1 und 2: Wir wissen noch nicht, was der DGE-Qualitätsstandard an Unterschieden zur heutigen Versorgung bringt, welchen Aufwand die Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards bis 2030 bedeutet und unterstützen daher einen Prüfauftrag an die Verwaltung, darzulegen, ob und mit welchem Aufwand dies machbar ist.

Zu 3: Wir wollen eine Gleichbehandlung aller Familien, ob sie ihre Kinder ganztags oder zumindest bis nach dem Essen in der Schule belassen oder die Kinder daheim versorgt werden. Wir wollen Familien grundsätzlich finanziell entlasten und werden in diesem Rahmen überlegen, wie wir die Kosten – daheim oder in Kitas und Schulen – bei gleicher oder steigender Qualität senken können. Ein kostenloses Essen streben wir dabei nicht an, da dies unserem Ziel, die Wertschätzung für Lebensmittel zu steigern widerspricht.

Ernährungsbildung im Rahmen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Kita- und Schulverpflegung müssen Hand in Hand mit der Ernährungsbildung als Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehen. So kann sich ein gesundheitsförderndes und nachhaltiges Ernährungsverhalten bei Kindern und Jugendlichen entwickeln und sie gemäß der Leitlinie Bildung für Nachhaltige Entwicklung des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes NRW zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigen. Bildung ist mehr als Schule. Um die Bildungsbedingungen für alle Menschen in einer Region nachhaltig zu verbessern, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes in der Jugend- und Bildungsarbeit. Kommunen, Kitas, Schulen und die Jugendarbeit sind gefordert, im Rahmen von schulischem und außerschulischem Lernen, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kitas und Schulen in Ihrer Kommune/dem Kreis bei der Ernährungsbildung unterstützt werden?

2. Welche Maßnahmen sind vorstellbar, die Bildungsakteur:innen in den Kommunen zu aktivieren, um gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährungskompetenzen zu fördern?

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass jede Kita und jede Schule in Ihrer Kommune/im Kreis ein eigenes Obst-, Gemüse- und/oder Kräuterbeet anlegt und pflegt?

Antwort CDU:

Bildung, auch in Bezug auf die Herkunft von Lebensmitteln und Ernährung, ist uns immens wichtig. Wir sind offen für Ideen, wie man dieses Wissen auch außerhalb von Schulen, beispielsweise in der Jugendarbeit, umsetzen kann.

Zu 1: Da Kommunen nicht Einfluss auf den Lehrplan nehmen dürfen, können wir uns hier nicht einsetzen. Wenn aber Kitas und Schulen die Ernährungsbildung über beispielsweise das Anlegen von Beeten anbieten wollen, so unterstützen wir dies materiell.

Zu 2: Die Kommunen im Kreisgebiet bieten ein großes, ständig aktualisiertes und ausgebautes Angebot in ihren Volkshochschulen an. Hier ist die Zusammenarbeit mit Ihnen, dem Ernährungsrat, und Ihren Fachleuten sehr fruchtbar.

Zu 3: Jede Kita und Schule sollte eigene Beete und Obstbäume haben. Wir unterstützen unsere Kitas und Schulen finanziell, wenn diese Beete anlegen und Obstbäume pflanzen.